BUNDESPARTEIGERICHT
CDU-BPG 15/2009

B E S C H L U S S

In der Parteigerichtssache

des CDU-Kreisverbandes S.,
vertreten durch den Kreisvorstand,
dieser vertreten durch den Kreisvorsitzenden
Herrn C. B. in B. O.

**- Antragsteller, Beschwerdegegner
und Rechtsbeschwerdeführer -**

Verfahrensbevollmächtigter:

Herr Rechtsanwalt
C. C. C. in A.

gegen

Herrn
K. L.-E. in G.

**- Antragsgegner, Beschwerdeführer
und Rechtsbeschwerdegegner -**

Verfahrensbevollmächtigter:

Herr Rechtsanwalt und Notar
J. N. in T.

wegen Ausschluss aus der CDU

hat das Bundesparteigericht der CDU aufgrund der mündlichen Verhandlung vom 27. April 2010 durch seine Richter:

Präsident des Landgerichts a. D.

Dr. Friedrich August Bonde

Regierungsdirektor

Bernhard Hellner

Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht

Dr. Wolfgang Knippel

Richter am Bundesgerichtshof a. D.

Karl-Friedrich Tropf

Rechtsanwalt

Dr. Peter Dany

beschlossen:

- 1. Die Rechtsbeschwerde des Antragstellers gegen den Beschluss des Landesparteigerichts des CDU-Landesverbandes S. vom 24. Juli 2009 (AZ.: 1/2009) wird zurückgewiesen.**
- 2. Das Verfahren ist gebührenfrei; außergerichtliche Kosten und Auslagen sind von den Verfahrensbeteiligten selbst zu tragen.**

Gründe:

I.

Mit diesem Verfahren strebt der Antragsteller den Ausschluss des Antragsgegners aus der CDU an.

Der Antragsgegner ist seit 1996 Mitglied der CDU, und zwar im Ortsverband G.. Seit 1998 gehört er zugleich der Wählergemeinschaft in G. (...) an, für die er seit 1998 als Gemeindevertreter in G. gewählt wurde. Damals einigten sich die Beteiligten darauf, dass der Antrags-

gegner als Gemeindevertreter der Wählergemeinschaft tätig sein durfte. Während dieser Zeit sollte seine Mitgliedschaft im Ortsverband G. der CDU ruhen. Auf Kreisverbandsebene der CDU arbeitete der Antragsgegner im Agrarausschuss mit.

Im Zuge der Kommunalwahl 2003 wurde der Antragsgegner erneut als Gemeindevertreter in G. für die örtliche Wählergemeinschaft (...) gewählt. Als Ergebnis dieser Kommunalwahl wurde der Vorsitzende des Ortsverbandes G. der CDU, U. T.-M., zum Bürgermeister von G. gewählt.

2008 wurde der Antragsgegner wiederum als Gemeindevertreter für die örtliche Wählergemeinschaft (...) gewählt. Nach der Wahl ergab sich in der Gemeindevertretung folgende Sitzverteilung: 5 Sitze für die CDU, 6 Sitze für die (...) und 2 Sitze für eine weitere örtliche Wählergemeinschaft in G., die (...).

In der konstituierenden Sitzung der Gemeindevertretung am 12. Juni 2008 schlug die (...) den Antragsgegner zur Wahl als Bürgermeister vor. Die CDU-Fraktion schlug den bisherigen Bürgermeister, U. T.-M., zur Wiederwahl vor. In geheimer Wahl wurde der Antragsgegner mit 7 gegen 6 Stimmen zum Bürgermeister gewählt. Gespräche über die Kandidatur des Antragsgegners zum Amt des Bürgermeisters gab es damals vor der Wahl zwischen den Parteien nicht. Allerdings teilte die (...) dem Antragsteller vor der konstituierenden Sitzung der Gemeindevertretung mit, dass sie einen CDU-Kandidaten nicht wählen würde. Der Antragsgegner ging daher davon aus, dass sich der bisherige CDU-Bürgermeister, U. T.-M., nicht zur Wiederwahl stellen würde.

Am 9. Juli 2008 beschloss der Antragsteller in der Kreisvorstandssitzung einstimmig, den Antragsgegner aus der CDU auszuschließen und einen entsprechenden Antrag beim Kreisparteigericht der CDU einzureichen.

Das Kreisparteigericht der CDU S. hat den Antragsgegner wegen parteischädigenden Verhaltens mit Beschluss vom 13. November 2008 aus der CDU ausgeschlossen, weil der Antragsgegner bei der Wahl zum Bürgermeister in einer Vertretungskörperschaft als Bewerber gegen den CDU-Kandidaten aufgetreten sei. Der damit vorliegende Verstoß gegen § 10 Abs. 1 Nr. 2 der Satzung des CDU-Landesverbandes S. müsse zu einem Ausschluss aus der CDU führen.

Das Landesparteigericht hat durch Beschluss, der aufgrund der mündlichen Verhandlung vom 24. Juli 2009 ergangen ist, den Beschluss des Kreisparteigerichtes geändert, indem es

den Parteiausschluss aufgehoben und gegen den Antragsgegner einen Verweis ausgesprochen hat. Der Parteiausschluss sei zwar in zulässiger Weise beantragt worden. Das parteischädigende Verhalten des Antragsgegners im Sinne der §§ 9 Abs. 1, 10 Abs. 1 Nr. 2 der Satzung des CDU-Landesverbandes S. führe im vorliegenden Fall jedoch nicht zum Parteiausschluss.

Zwar habe der Antragsgegner durch seine Bürgermeisterkandidatur gegen einen CDU-Kandidaten der CDU einen schweren Schaden zugeführt, weil die CDU dadurch als uneinig und zerstritten aufgetreten sei. Andererseits erscheine ein Parteiausschluss im vorliegenden Fall unverhältnismäßig hart, weil die chancenlose Kandidatur des CDU-Kandidaten bei den Mehrheitsverhältnissen in der Gemeindevertretung für den Antragsgegner überraschend gewesen sei. Die Kandidatur des Antragsgegners für das Bürgermeisteramt sei zwar eine momentane Fehlentscheidung gewesen. Diese erscheine aber in einem milderen Licht, weil sie möglicherweise hätte verhindert werden können, wenn der Ausschluss einer derartigen Kandidatur im Einigungsgespräch im Jahre 1998 zwischen den Beteiligten ausdrücklich geregelt worden wäre. Dass dieses versäumt worden ist, sei eher dem Antragsteller als dem Antragsgegner anzulasten.

Gegen diesen Beschluss wendet sich der Antragsteller mit seiner Rechtsbeschwerde. Er ist der Auffassung, dass das Landesparteigericht die Normen des Satzungsrechts nicht, jedenfalls aber nicht richtig angewendet habe. Das Kreisparteigericht habe zu Recht auf einen Parteiausschluss erkannt und daher keinesfalls das dem Gericht eingeräumte Ermessen verkannt.

Bei parteischädigendem Verhalten, das eine Dauerwirkung entfalte, kämen allerdings nur dauerhafte Sanktionen in Betracht. Da vorliegend ein satzungsmäßiges normiertes Regelbeispiel für parteischädigendes Verhalten vorliege, hätte das Landesparteigericht begründen müssen, warum ein Ausschluss im vorliegenden Fall nicht angebracht sei. Es sei von einem freien Ermessen ausgegangen und habe das Regel-/Ausnahmeverhältnis verkannt. Die Entscheidung des Landesparteigerichts habe auch das Vertrauen der Mitglieder des Ortsverbandes G. in das Satzungsrecht der CDU stark erschüttert. Der Ortsvorstand sei geschlossen zurückgetreten. Viele Mitglieder des Ortsverbandes drohten mit ihrem Austritt aus der CDU.

Der Antragsteller beantragt,

den Beschluss des Landesparteigerichts vom 24. Juli 2009 (AZ.: 1/2009) zu ändern und den Antragsgegner aus der CDU auszuschließen.

Der Antragsgegner beantragt,
die Rechtsbeschwerde zurückzuweisen.

Er ist der Auffassung, dass das Kreisparteigericht sich nicht berechtigt gesehen habe, ein Ermessen auszuüben und dementsprechend auch keine Ermessenentscheidung getroffen habe. Es sei vielmehr davon ausgegangen, dass das Verhalten des Antragsgegners zwingend mit einem Parteiausschluss zu sanktionieren sei. Im Übrigen habe bei ihm kein fortgesetztes und dauerhaftes Fehlverhalten vorgelegen, sondern entsprechend der Würdigung des Landesparteigerichts nur ein momentanes Fehlverhalten, das nicht zu einem Parteiausschluss führen dürfe. Im Übrigen sei er nicht Mitglied des Ortsverbandes der CDU, sondern des Kreisverbandes.

Seine Teilnahme an Sitzungen des Ortsverbandes müsse dieser nicht zulassen. Er nehme an diesen Sitzungen auch nicht teil. Mangels zeitlichen Zusammenhanges beruhe der Rücktritt des Vorstandes des Ortsverbandes nicht auf seinem Verhalten. Die Drohungen von CDU-Mitgliedern aus der CDU wegen seines Verhaltens auszutreten, seien ihm nicht bekannt.

II.

Die Rechtsbeschwerde ist form- und fristgerecht eingelegt und begründet worden. Sie ist damit zulässig, sachlich jedoch nicht begründet.

Das Bundesparteigericht hat in ständiger Rechtsprechung entschieden, dass parteischädigendes Verhalten nicht in einem Automatismus zum Ausschluss eines Mitgliedes aus der CDU führt. Vielmehr ist die gerichtliche Entscheidung dazwischengeschaltet, vgl. CDU-BPG 10/2005 mit weiteren Nachweisen.

Das Landesparteigericht hat infolgedessen zu Recht bemängelt, dass das Kreisparteigericht im vorliegenden Fall keinen Ermessenspielraum angenommen hat, weil es in dem Verhalten des Antragsgegners ein satzungsmäßig normiertes Regelbeispiel für parteischädigendes Verhalten gem. § 10 Abs. 1 Nr. 2 Satzung des CDU-Landesverbandes der CDU S. in der Fassung vom 14.06.2003 gesehen hat. § 10 Abs. 1 Nr. 2 Satzung des CDU-Landesverbandes der CDU S. in der zur Zeit der Sitzung der Gemeindevertretung am 12. Juni 2008 noch geltenden Fassung besagt zwar, dass sich parteischädigend verhält, wer bei der Wahl einer Vertretungskörperschaft als Bewerber gegen die CDU auftritt. Der Antrags-

gegner ist sogar noch darüber hinausgegangen, indem er als CDU-Mitglied nicht nur bei der Kommunalwahl für die Wählergemeinschaft angetreten ist, sondern anschließend sogar für das Amt des Bürgermeisters gegen den von der CDU-Fraktion nominierten Bewerber kandidiert hat, ein Fall, der inzwischen in § 10 Abs. 1 Ziff. 3 der Landessatzung in der Fassung vom 01.11.2008 ausdrücklich geregelt worden ist. Dieses eindeutig parteischädigende Verhalten führt jedoch nicht zwingend zum Parteiausschluss.

Gem. §§ 9 Abs. 2 Satzung des CDU-Landesverbandes der CDU S. (§ 11 Abs. 2 des Statuts der CDU), 31 Abs. 3 PGO hat das Gericht vielmehr den Grad des Verschuldens und das Gewicht des entstandenen Schadens zu bewerten und danach über den Parteiausschluss oder die Verhängung der Ordnungsstrafe zu entscheiden, vgl. CDU-BPG 10/2005.

Diese Ermessensentscheidung hat das Landesparteigericht in einer erschöpfenden Bewertung des Für und Wider rechtsfehlerfrei getroffen. Das Bundesparteigericht hat als Rechtsbeschwerdegericht nur zu prüfen, ob die Entscheidung des Landesparteigerichts mit einem Ermessensfehler behaftet ist, nicht aber eigene Erwägungen an die Stelle derer des Landesparteigerichts zu stellen, vgl. CDU-BPG 1/92. Das Landesparteigericht hat das Für und Wider ausführlich zusammengetragen und sich, mit nicht zu beanstandenden Ermessenserwägungen, für die Ordnungsmaßnahme eines Verweises entschieden. Dass es auch zu einem anderen Ergebnis bei seiner Abwägung hätte kommen können oder zu einer anderen Ordnungsmaßnahme, steht der nicht zu beanstandenden Ermessensentscheidung des Landesparteigerichts nicht entgegen. Es ist auch unbeachtlich, dass die Parteien offenbar gemeinsam davon ausgegangen sind, dass der Antragsgegner aufgrund ihrer Vereinbarung zurzeit nicht dem Ortsverband G. der CDU angehört. Diese Bewertung entspricht nicht dem Satzungsrecht der CDU. Danach ist die Zugehörigkeit zu einem Ortsverband nicht disponibel, sondern wird abschließend und ausschließlich durch Satzungsrecht bestimmt, vgl. CDU-BPG 6/2008. Unbestritten ist jedoch, dass der Antragsgegner zurzeit im Ortsverband G. der CDU nicht mitarbeitet. Mithin gibt es auf Ortsverbandsebene keine Tätigkeitsüberschneidungen. Außerdem wird durch den Verzicht der Mitarbeit die Interessenkollision nicht über das bereits bestehende Maß gesteigert.

Das Landesparteigericht hat überdies deutlich gemacht, dass der Antragsgegner nach diesem Verfahren für jede weitere Kandidatur für eine Wählergemeinschaft auf eine ausdrückliche Billigung des Antragstellers unverzichtbar angewiesen ist, sei es für eine Wiederwahl zum Bürgermeister als Kandidat der Wählergemeinschaft, sei es für eine erneute Kandidatur zum Gemeindevertreter als Kandidat einer Wählergemeinschaft. Damit ist klargestellt, dass ein vergleichbares Verhalten des Antragsgegners künftig mit einem Parteiausschluss geahn-

det werden kann. Das Bundesparteigericht schließt sich auch dieser Beurteilung an, weil ein Verstoß gegen den neu gefassten § 10 Abs. 1 Nr. 3 der Satzung des CDU-Landesverbandes der CDU S. in der Regel den Parteiausschluss nach sich zieht und nur in besonderen Ausnahmefällen mit einer weniger schwerwiegenden Ordnungsstrafe geahndet werden kann, wie dies ausnahmsweise im vorliegenden Fall geschehen ist. Es ist einer Partei nicht zumutbar, wenn eines ihrer Mitglieder in der Öffentlichkeit für eine andere politische Gruppierung auftritt und es bezogen auf die eigene Partei ein Bild der Zerrissenheit abgibt, die zum Verlust von Wählerstimmen führt.

Die Rechtsbeschwerde war nach alledem zurückzuweisen.

Die Kostenentscheidung folgt aus § 43 PGO.

gez. Dr. Bonde

gez. Hellner

gez. Dr. Knippel

gez. Tropf

gez. Dr. Dany

Ausgefertigt: Berlin, 9. August 2010